

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Napolitano, Giorgio / Hobsbawm, Eric J.
Auf dem Weg zum >historischen Kompromiß

Ein Gespräch über Entwicklung und Programmatik der KPI. Aus dem Italienischen übersetzt von
Sophie G. Alf

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 851
978-3-518-10851-2

edition suhrkamp

Redaktion: Günther Busch

Giorgio Napolitano, geboren 1925 in Neapel, war bis zum XIV. Parteitag (1975) verantwortlich für die Kulturabteilung der KPI, heute leitet er die Abteilung »Probleme der Arbeit«; seit 1963 gehört er dem Parteipräsidium und dem Sekretariat der KPI an. – Eric J. Hobsbawm, geboren 1917 in Alexandria, lehrt Soziologie am Birkbeck College der Londoner Universität. Er ist durch Veröffentlichungen zur europäischen Sozialgeschichte (*Industrie und Empire 1 und 2. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*, Frankfurt am Main 1969) hervorgetreten.

Die jüngsten Wahlerfolge der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) und die These vom »historischen Kompromiß«, von einem Regierungsbündnis zwischen Kommunisten und Bürgerlichen, haben die internationale politische Diskussion in den letzten Monaten erheblich beeinflusst. Gegner und Anhänger der neuen Strategie der KPI, in der die nationale Selbständigkeit der Partei in den Vordergrund gestellt ist, bekräftigen gleichermaßen nachdrücklich ihre Positionen: die einen hoffnungsvoll, die anderen warnend. In dieser Situation mag ein Dialog wie der zwischen dem englischen Sozialhistoriker Hobsbawm und dem Präsidiumsmitglied Napolitano Licht in die inneritalienische Entwicklung, insbesondere in das Programm und die politischen Grundvorstellungen der KPI bringen. Die Themen, um die das Gespräch sich dreht, sind: die Geschichte der Partei seit Togliattis Tod, die Begründung des neuen politischen Konzepts, die ökonomische Krise des Landes, die Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus in Italien, die Kulturpolitik, Einschätzungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa, die Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung, die Strategie des »historischen Kompromisses«, Fragen der politischen Philosophie (Demokratie und Sozialismus).

Eric J. Hobsbawm/
Giorgio Napolitano
Auf dem Weg zum
›historischen Kompromiß‹
Ein Gespräch über Entwicklung
und Programmatik der KPI

Suhrkamp Verlag

Titel der Originalausgabe: *Intervista sul PCI*
Aus dem Italienischen übersetzt von Sophie G. Alf.

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1977

edition suhrkamp 851

© Gius. Laterza & Figli Spa, Roma-Bari 1975

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1977

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-10851-2

Inhalt

Einleitung 7

Ein Gespräch über Entwicklung
und Programmatik der KPI 33

Anmerkungen 144

Einleitung

Während eine Wirtschaftskrise von bisher nach dem Zweiten Weltkrieg ungekannten Ausmaßen den gesamten kapitalistischen Weltmarkt unterschiedlich stark erfaßt hat und mit dem ökonomischen auch alte politische und soziale Gleichgewichte ins Wanken geraten, steht in Frankreich und Italien eine kommunistische Regierungsbeteiligung auf der Tagesordnung. Diese Tatsache hat auch in der Bundesrepublik Beunruhigung und wachsendes Interesse hervorgerufen, zumal sich gleichzeitig ein Prozeß der Annäherung verschiedener westeuropäischer kommunistischer Parteien anbahnt, der schnell unter der journalistischen Formel des »Eurokommunismus« zusammengefaßt wurde. In dieser Situation kann der vorliegende Band einen wichtigen Beitrag zu einer Debatte leisten, die häufig noch mißtrauisch und feindselig geführt wird und nicht zuletzt aus Mangel an Informationen, die nicht bereits Interpretationen wären, auf oberflächliche und schematische Argumentationen zurückgreift.

Giorgio Napolitano und Eric Hobsbawm berühren in ihrem Gespräch alle wesentlichen Aspekte der aktuellen politischen Diskussion in der Kommunistischen Partei Italiens, die primär um die Krise kreist, die in Italien nicht nur eine schwere Wirtschaftskrise, sondern auch eine Krise der politischen Führungsschicht und, allgemein, des Vertrauens immer größerer Bevölkerungsschichten in die gegenwärtige Organisationsstruktur der Gesellschaft ist. Die Einschätzung der Ursachen dieser Krise, der Möglichkeiten ihrer Überwindung und der Gefahren, die sie hervorbringt, führen die beiden Gesprächspartner immer wieder zu Betrachtungen der italienischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und der Rolle, die darin die KPI spielte, zurück. Napolitano trat der Kommunistischen Partei in jenem Zeitabschnitt noch vor Kriegsende bei, in dem Togliatti, aus dem

Exil zurückgekehrt, das mühsame Werk ihrer Reorganisation als »Partei neuen Typs« begann, die dann einen entscheidenden Beitrag in dem gemeinsam mit den anderen antifaschistischen Parteien geführten Kampf zur Befreiung Italiens vom Faschismus, von deutscher Besatzung und beim Aufbau des neuen demokratischen Italien leistete. So wird die Geschichte dieser Partei in den letzten dreißig Jahren hier in den Erfahrungen eines ihrer Protagonisten unmittelbar zugänglich, ist sie als lebendige Erinnerung gegenwärtig, die das Verständnis des heutigen ideologischen Standorts der KPI erleichtert.

Die Kommunistische Partei Italiens ist heute eine Herausforderung weit über die Grenzen Westeuropas hinaus, aber vor allem in diesem Teil der Welt. Diese Herausforderung wird lebhaft empfunden und ruft zahlreiche Reaktionen hervor, die häufig noch von Dünkel und Überheblichkeit gekennzeichnet sind, so daß sie oft den Blick für die Neuartigkeit des Vorschlags der Kommunistischen Partei Italiens trüben und in das vorschnelle Urteil münden, auch diese Partei habe nun wohl eine Lektion begriffen, die man selbst schon vor Jahrzehnten gelernt habe. In der Herausforderung der KPI an andere Kräfte der Linken in Westeuropa steckt indes auch die Aufforderung zu einem gemeinsamen Überdenken bisheriger Strategien und Einschätzungen und zu einer solidarischen Auseinandersetzung über die Perspektive eines demokratischen und sozialistischen Westeuropas. Die Neuartigkeit des Vorschlags der KPI, mit dem es sich in adäquater Weise zu befassen gälte, liegt gerade in ihrer definitiven Abkehr (ohne Bruch und hysterische Abgrenzungswut) von einem Sozialismus des »sowjetischen Modells«, die sie betreibt, ohne mit der klassischen Antwort eines Rückzugs auf sozialdemokratische Positionen aufzuwarten. Mit Recht weist die KPI die Anmaßung derer zurück, die glauben, ihr Proben demokratischer Gesinnung abverlangen zu müssen, und fordert sie zu einer ebenso offenen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte auf,

wie sie selbst sie geleistet hat – nicht zuletzt, um diese Geschichte als Teil der Tragödie der europäischen Arbeiterbewegung in diesem Jahrhundert zu erkennen und den Weg zu einer Überwindung ihrer verhängnisvollen Spaltung zu finden.

Zu solcher Auseinandersetzung sind in der Bundesrepublik nicht nur die Gruppen aufgefordert, die sich auf den »demokratischen Sozialismus« berufen, sondern auch jene heute marginalisierten Gruppierungen, die die KPI von links kritisieren. Revisionismus- oder gar »Verrats«-Vorwürfe führen hier nicht weiter. Andererseits sei vor übereilter Zustimmung durchaus gewarnt. Der »italienische Weg zum Sozialismus« ist kein »Generalrezept« für die Linke anderer Länder. Wenn er lehrreich sein kann, dann nicht durch Identifikation oder Imitation, sondern durch präzise Befragung, wobei Antworten weder für Italien noch für andere westeuropäische Länder bereits hinlänglich sichtbar sind.

Ein Argument, das in der Auseinandersetzung mit der KPI immer wieder auftaucht, ist das der Abhängigkeit der italienischen Kommunisten und anderer westeuropäischer kommunistischer Parteien von Moskau, wobei unterstellt wird, daß sie von dort noch immer ihre »Direktiven« bezögen. Zu dieser Unterstellung haben sich Vertreter verschiedener westeuropäischer kommunistischer Parteien mehrfach geäußert, so auch der Sekretär der KP Spaniens, Carrillo, vor einigen Monaten:

»Diejenigen, die uns fragen, ob wir von Moskau unabhängig sind, haben dazu für die Vergangenheit ein Recht, nicht aber heute, während wir Kommunisten Grund haben zu fragen, ob sie unabhängig sind von der CIA, den multinationalen Konzernen, den USA. Wenn diese Unabhängigkeit bestünde, wäre es leichter, zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Diejenigen, die uns am meisten verdächtigen, sind gerade die, die am meisten korrumpiert sind von anderen Regierungen oder von den multinationalen Konzernen.« Gleichzeitig nahm Carrillo zu der Behauptung Stellung, daß

das Programm einiger europäischer kommunistischer Parteien, der Sozialismus könne in Westeuropa nur auf demokratische Weise und in der Demokratie, gestützt auf den Konsensus der Mehrheit der Bevölkerung, verwirklicht werden, lediglich als »propagandistisches Betrugsmanöver« bewertet werden könne: »Unser Vorschlag ist keine Taktik oder Propaganda, denn dies wäre außerordentlich töricht von uns, und wir würden enden wie die Zauberlehrlinge. Wir bilden unsere Parteimitglieder und die Massen auf eine Weise, die sich notwendig gegen uns wenden müßte, wenn es sich dabei lediglich um Propaganda handelte. Die Wahrheit ist, daß unsere Gegner lieber sektiererische und dogmatische kommunistische Parteien hätten, die unfähig wären, die Massen auf demokratische Weise zu vereinigen.« (*Corriere della Sera*, 26. 2. 1976. Aus einem Interview mit Carrillo)

Wegen der großen Bedeutung, die der Frage der Unabhängigkeit der KPI von der Sowjetunion als Probe ihrer »demokratischen Glaubwürdigkeit« beigemessen wird, haben wir Giorgio Napolitano gebeten, uns die folgende Frage zu beantworten:

»In bestimmten Teilen der bundesrepublikanischen Presse wird die Strategie der KPI des ›Vormarsches zum Sozialismus‹ in der Demokratie lediglich als eine neue Maskerade des internationalen Kommunismus dargestellt, zu dem einzigen Zweck, an die Macht zu gelangen. Dabei wird immer wieder die Weigerung der KPI, offen mit der internationalen kommunistischen Bewegung und mit der Tradition der III. Internationale zu brechen, als Beweis ihres antidemokratischen Charakters angeführt. – Wie siehst du heute – nach der Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien von Berlin – und der inzwischen internationalen Anerkennung der Existenz eines Kommunismus ›westeuropäischer Prägung‹ (Eurokommunismus) und nach der Erklärung Berlinguers zur NATO – den Zusammenhang zwischen der Freiheit zur Kritik an den historischen Erfahrungen der soziali-

stischen Länder, der Verteidigung des Internationalismus und der Weigerung, mit der Sowjetunion zu brechen?« Darauf gab Napolitano die folgende Antwort: »Ich meine natürlich, daß es lächerlich ist, von unserem gesamten strategischen Programm und politischen Handeln als von einer erneuten Maskerade des internationalen Kommunismus zu sprechen. Ich glaube, der Begriff des internationalen oder Welt-Kommunismus selbst, der Anlaß zu so vielen Vereinfachungen und propagandistischen Entstellungen gegeben hat, muß revidiert werden. Man spricht von Weltkommunismus wie von einem Ungeheuer mit hundert Fangarmen, von unserer Partei als von einem dieser Arme. Statt dessen muß man von der kommunistischen Weltbewegung als von einer Realität sprechen, die sich außerordentlich vielfältig und differenziert gestaltet hat und innerhalb derer sich völlig autonome Positionen gebildet haben, wie z. B. die der Kommunistischen Partei Italiens. Wir glauben nicht, daß sich für eine Partei wie die unsere das Problem stellt, offen mit der internationalen kommunistischen Bewegung oder der Tradition der III. Internationale zu brechen. Diese Tradition haben wir kritisch überprüft, und wir setzen die kritische Reflexion ihrer Geschichte fort, um die negativen Momente, schwachen Punkte und Irrtümer der kommunistischen Bewegung und unserer Partei auch während der Lebensdauer und Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu erkennen und um zugleich die bedeutsamsten und positivsten Momente jener Erfahrungen auszuwerten. Wir lehnen daher jede grobe Schwarzweiß-Malerei ab, weisen Aufforderungen zurück, die in Wirklichkeit rein provokatorisch sind. Es ist ja gänzlich unklar, worin diese Entscheidung zum Bruch mit der internationalen kommunistischen Bewegung durch unsere Partei bestehen sollte. Was wir wissen, ist, daß wir zunehmend in Angelegenheiten von allgemeinem Interesse, in Grundsatzfragen, zu aktuellen politischen Tatsachen und Ereignissen von internationaler Bedeutung unsere Einstellungen und Positionen in voller Autonomie entwickelt ha-

ben, im Konsens oder im Dissens mit anderen kommunistischen Parteien oder der Mehrheit der kommunistischen Parteien (es genügt, an das Beispiel der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien von 1969 zu erinnern, auf der wir uns von der Mehrheit der kommunistischen Parteien unterschieden, als wir einigen Teilen des zur Abstimmung vorgelegten Dokuments nicht zustimmten, oder auch an die Art und Weise, in der bei der Vorbereitung und Durchführung der kürzlich in Berlin abgehaltenen Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien vorgegangen wurde. Wie wir alle wissen, war diese Konferenz von einer offenen Debatte über Fragen von großer Bedeutung geprägt, über die sich unterschiedliche Positionen und Meinungen zwischen den kommunistischen Parteien herausgebildet hatten und bestehen geblieben sind, weshalb man übereinkam, diese Fragen nicht in das Dokument der Konferenz aufzunehmen). Wir sind allerdings der Ansicht, daß sich daraus nicht das Problem des Bruchs ergibt; daß gewisse Aufforderungen, die man an uns richtet, keinen Sinn haben. Wir meinen, daß die Verbindung einer freien kritischen Betrachtung der historischen Erfahrungen der Länder des Ostens mit der Verteidigung des Internationalismus durchaus verständlich ist – Internationalismus verstanden als Verpflichtung zur Solidarität mit allen demokratischen, revolutionären und antiimperialistischen Kräften und nicht als unkritische Zustimmung zu allen ideologischen und politischen Entscheidungen der Mehrheit der kommunistischen Parteien oder der kommunistischen Parteien, die an der Macht sind. Uns scheint, wir sind in diesem Punkt sehr deutlich gewesen, wir haben eine sehr weite Auffassung von Internationalismus, die über die Grenzen der kommunistischen Bewegung hinausweist und die in gar keiner Weise mit Formen einer unkritischen Verteidigung dessen, was in den sozialistischen Ländern des Ostens vor sich geht, und der offiziellen Positionen der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder verwechselt werden kann. Es ist wohl geboten, darauf hinzu-

weisen, daß die Konferenz von Berlin im wesentlichen die Anerkennung der Existenz einer autonomen und besonderen theoretischen Vorstellung und politischen Linie der kommunistischen Parteien Westeuropas oder einiger der repräsentativsten dieser Parteien erbracht hat.«

In der Tat zeigen die Reden Enrico Berlinguers auf dem XXV. Parteitag der KPdSU vom Februar 1976 und auf der Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien deutlich, daß die italienischen Kommunisten ihren Standpunkt auch gegenüber »Moskau« und nicht nur im Gespräch mit westlichen Journalisten und Politikern zu erhärten bereit sind, daß es ihnen nicht darum geht, ihr Konzept »salonfähig« zu machen, sondern darum, es frei von Diffamierungen und Einmischungen von außen verfolgen zu können. Als Berlinguer auf der Konferenz von Berlin sagte: »Jedes Volk hat das unbestreitbare Recht, frei die Form seiner Entwicklung und seiner Regierung zu bestimmen«, dachte er vermutlich nicht nur an Italien, sondern an alle Staaten, in denen dieses Recht nicht besteht oder eingeschränkt ist. In derselben Rede wies Berlinguer auf die Notwendigkeit hin, sowohl die bisher realisierten sozialistischen Versuche zu analysieren als auch nach neuen Wegen zum Sozialismus in den Ländern Westeuropas zu suchen. Welchen Wegen und welchem Sozialismus? Die KPI will kein allgemeinverbindliches Programm vorschreiben, sie betont die Autonomie jedes Landes und jeder anderen sozialistischen oder kommunistischen Partei. Berlinguer gab daher auf diese Frage eine Antwort, die eine allgemeine negative Abgrenzung enthielt, aus der die realen positiven Vorstellungen und Strategien jeweils nur spezifisch für ein bestimmtes Land entwickelt werden können: »Die Vorstellungen, denen die Sozialdemokraten gefolgt sind, haben sich – obwohl sie in dem einen oder anderen Land zu bestimmten Verbesserungen der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung geführt haben – als unfähig zu einer wirklichen Überwindung des Kapitalismus erwiesen. Andererseits entsprechen die Model-

le sozialistischer Gesellschaften, die in den Ländern Osteuropas erprobt wurden, nicht den besonderen Bedingungen und Orientierungen der großen Arbeiter- und Volksmassen in den Ländern des Westens.« (*l'Unità*, 1. 7. 1976. Aus Berlinguers Rede auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Berlin)

Der »westeuropäische Weg zum Sozialismus« muß also nach den Vorstellungen der KPI Demokratie und Sozialismus garantieren, ja an der unauflöselichen Verbindung dieser beiden Momente festhalten. Mittels welcher politischen Strategie sie diese Grundsätze in Italien verwirklichen zu können glaubt, darüber gibt Napolitano zahlreiche Auskünfte. In gemeinsamen Erklärungen, die die KPI und KPF im November 1975 und einige Monate zuvor die KPI und die KP Spaniens abgegeben haben, sind einige verbindliche Auffassungen für den »westeuropäischen Weg zum Sozialismus« festgehalten. Dazu gehört die Anerkennung der Parteienpluralität und der Autonomie der Gewerkschaften ebenso wie die Respektierung der Freiheitsrechte, die die bürgerlich-demokratischen Verfassungen garantieren, und der Ergebnisse freier demokratischer Wahlen.

Der Blick der KPI ist nach Westeuropa gerichtet, auf die Länder, die nicht nur zahlreiche Gemeinsamkeiten in ihrer historischen und kulturellen Tradition aufweisen, sondern die auch durch einen tatsächlichen Prozeß der wachsenden ökonomischen und politischen Integration miteinander verbunden sind. Diesen Prozeß will die KPI nicht rückgängig machen, sondern vorantreiben und erweitern, wemngleich sie ihn heute bedroht sieht durch die in der Krise wachsenden Tendenzen zur Verschärfung der Konkurrenz und zu nationalstaatlicher Abschließung und Interessenverteidigung. In der Herstellung eines einigen und starken Europa erblickt die KPI eine Chance, daß sich dieser Teil der Welt von den USA und aus der Umklammerung durch die beiden großen Machtblöcke, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet haben, lösen und einen autonomen politischen und

sozialen Transformationsprozeß einleiten kann, der das wachsende Bedürfnis der arbeitenden Bevölkerung dieser Länder nach Sozialismus befriedigt. Nicht die Erweiterung des sowjetischen Einflußbereichs über die in Jalta festgesetzten Grenzen hinaus ist die Perspektive der KPI, sondern ein blockfreies Europa.

In diesem Zusammenhang ist auch die aufsehenerregende Aussage Berlinguers gegenüber der *New York Times* zu beachten, in der er den bereits von der KPI gefaßten Beschluß, auch im Falle ihrer Regierungsbeteiligung nicht auf einen Austritt Italiens aus der NATO zu drängen, hinzufügte, daß man sich in der NATO »sicherer fühlen« könne. Nach den jahrelangen Kämpfen der KPI gegen den italienischen Beitritt zur NATO und die militärische Präsenz starker NATO-Verbände in Italien, in Anbetracht ihrer bis vor wenigen Jahren erklärten Einschätzung der NATO als eines gefährlichen Aggressionsinstrumentes sowie bestimmter Erfahrungen mit offenen Einmischungen der NATO in die innere politische Entwicklung ihrer Mitgliedsländer hat diese Bemerkung überrascht. Giorgio Napolitano hat sich bereitgefunden, zu diesem Punkt noch einmal Stellung zu nehmen:

»Man darf Berlinguers Aussage nicht mißverstehen, und sie ist in unserer Partei auch nicht mißverstanden worden. Wir behaupten keineswegs, daß man in der NATO sicherer wäre, um den Kampf für den Sozialismus oder den Versuch einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft oder auch nur einer Regierung, an der die Kommunisten beteiligt wären und die sich in Richtung auf eine tiefgreifende Transformation der Gesellschaft bewegte, voranzutreiben. Wir sagen keineswegs, daß Italien aufgrund seiner NATO-Zugehörigkeit nicht die Gefahr mehr oder minder schwerwiegender und rigoroser Einmischungen der USA und anderer Länder in den Prozeß der politischen Erneuerung und sozialen Transformation des Landes drohte. Von dieser Seite können zweifellos Versuche der Einmischung ausgehen, wie

es sie ja bereits bei verschiedenen Gelegenheiten und in verschiedenen Ländern gegeben hat. Wir sind darauf vorbereitet, diese Versuche anzuprangern, wie wir es bisher getan haben, und eine Übereinkunft mit den anderen demokratischen Kräften zu suchen, um gemeinsam auf diese unzulässige Verletzung der Würde und nationalen Unabhängigkeit unseres Landes zu reagieren. Berlinguer meinte indes folgendes: Da Italien in diesem Teil der Welt liegt, Teil dieses politisch-militärischen Bündnissystems ist, gehen wir nicht das Risiko ein, das sich in den Ländern des Warschauer Pakts (ich denke an die Tschechoslowakei im Jahre 1968) ergeben hat, einen originären Versuch der Erneuerung durch die Intervention anderer sozialistischer Länder unterbrochen zu sehen. Mir scheint, dies ist die Bedeutung der Bemerkung Berlinguers. Für uns werden sich gewiß in dem Maße, in dem wir gemeinsam mit anderen linken und demokratischen Kräften versuchen werden, zu einer tiefgreifenden Erneuerung der politischen Führung des Landes und der italienischen Gesellschaft voranzuschreiten, andere Probleme stellen und im Verhältnis zu anderen Ländern, den Ländern des kapitalistischen Westens. Dagegen werden wir nicht die Probleme haben, die sich in einem Land wie der Tschechoslowakei in der Zeit des ›Prager Frühlings‹ im Verhältnis zu anderen sozialistischen Ländern überaus dramatisch gestellt haben. – Was die NATO angeht, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sie nicht mehr die NATO von 1950 ist, weil die Situation in Europa und der Welt nicht mehr die von 1950 ist. Wir verleugnen keineswegs die Kämpfe, die wir gegen Italiens Beitritt zur NATO geführt haben, ebensowenig wie die späteren gegen all das, was uns eine Gefahr für den Frieden und für die nationale Unabhängigkeit unseres Landes schien. Ich beziehe mich vor allem auf die langen Jahre des Kalten Krieges und des ›Tauwetters‹. Aber es gibt keinen Zweifel, daß heute, in einer Phase, die von dem Prozeß der internationalen Entspannung und von einem grundsätzlichen militärischen Gleichgewicht zwischen den

beiden Blöcken, in die Europa gespalten ist, durch ein sicherlich nicht lineares und leichtes und dennoch ziemlich konsolidiertes Verhältnis des friedlichen Wettbewerbs und auch der Zusammenarbeit zwischen den großen Weltmächten gekennzeichnet ist, die NATO nicht mehr die Charakteristika eines gefährlich-aggressiven Instruments hat, die sie vor fünfundzwanzig Jahren haben konnte. Im Verlauf dieser Jahrzehnte hat sich die Situation gründlich gewandelt. Deswegen haben wir auf unserem letzten Parteitag (XIV. Parteitag vom März 1975) deutlich gemacht, daß wir im Falle unserer Regierungsbeteiligung nicht das Ziel eines einseitigen Rückzugs Italiens aus der NATO verfolgen werden. Vielmehr haben wir betont, daß eine solche Forderung oder Entscheidung eher dazu führen könnte, das gegenwärtige internationale Gleichgewicht und die weitere Entwicklung des Entspannungsprozesses zu stören. Das Ziel bleibt für uns die Überwindung der beiden Blöcke, in die Europa gespalten ist.«

Ebenso großes Interesse wie die außenpolitische Orientierung der Kommunistischen Partei Italiens haben ihre innenpolitischen Vorstellungen hervorgerufen, seitdem sie ihre Wählerstimmen ständig erhöhen konnte und es angesichts schnell aufeinander folgender Regierungskrisen und zweier vorzeitig abgebrochener Legislaturperioden immer unwahrscheinlicher wird, in Italien eine stabile Regierungsmehrheit zu bilden, von der die KPI, die ein Drittel der Wähler repräsentiert, ausgeschlossen bliebe. In diesem Zusammenhang gewinnt der Vorschlag eines »historischen Kompromisses« seine Bedeutung. Wie aber ist diese Strategie der italienischen Kommunisten zu verstehen?

Wer die Entwicklung der KPI in den letzten Jahren beobachtet hat, kennt die Entstehung der Formel vom »historischen Kompromiß« aus der Reflexion der italienischen Kommunisten über das brutale Ende des chilenischen Volksfront-Experiments im September 1973. Was jedoch hat die KPI dazu bewogen, aus dem chilenischen Putsch politi-

sche Folgerungen für Italien und für ihre eigene Strategie zu ziehen? In erster Linie die Tatsache, daß auch die Volksfront-Regierung Allendes ein Schritt auf dem »demokratischen Wege zum Sozialismus« war und daß die Zerschlagung dieses Experiments Parteien, die, wie die KPI, diesen Weg verfolgen, zu der Überlegung zwingt, ob Chile für eine Niederlage steht, die ihre eigene sein könnte. Sicherlich darf im Falle Chiles das Gewicht ausländischer Intervention, bezahlter subversiver Tätigkeit, rigoroser Krediteinschränkungen und anderer Pressionen nicht unterschätzt werden, die zum erklärten Ziel hatten, die aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung Allende zu stürzen. Pressionen dieser Art können jedoch mehr oder minder starke Auswirkungen haben; diese Auswirkungen hängen davon ab, ob es gelingt, trotz der in einer Phase sozialer Transformation auftretenden Widersprüche die Geschlossenheit des sozialen Blocks, der hinter der Regierung steht, zu bewahren und gleichzeitig alles zu versuchen, um die sozialen Bündnisse auszuweiten und zu befestigen. In Chile war die Christdemokratische Partei – die, wie in Italien, zwar die Klassenpartei der Bourgeoisie ist, jedoch mit einer breiten Massenbasis, die soziale Schichten umfaßt, deren Interessen zu denen der Arbeiterklasse nicht antagonistisch sind – zum Sammelbecken aller entschieden regierungsfeindlichen Kräfte geworden. Unleugbar hatte die reaktionäre Gegenoffensive des Militärputsches anfangs eine relative Massenbasis; und weil jeder reaktionäre Angriff auf den Versuch einer politischen und sozialen Erneuerung sich auf eine Massenbasis zu stützen sucht, muß eine politische Strategie der Linken dieser Möglichkeit und Gefahr Rechnung tragen. Die Antwort der KPI auf dieses Problem war der Vorschlag des »historischen Kompromisses«. Häufig wird diese Formel lediglich als Absichtserklärung verstanden, die klassische Volksfront der linken Parteien nach rechts zu erweitern und in ein Regierungsbündnis der Linken auch die stärkste Partei der Bourgeoisie einzubeziehen,

um so dem chilenischen Risiko zu entgehen. In dieser verkürzten Interpretation muß der Vorschlag der KPI Unverständnis und Zweifel an seiner Realisierbarkeit hervorrufen. Insbesondere in der Bundesrepublik kann der »historische Kompromiß«, so verstanden, leicht als Analogie zu »großen Koalitionen« gedeutet werden, sei es in Erinnerung an die gescheiterte »Große Koalition« von Weimar¹, sei es an ein jüngeres und ähnlich unrühmliches Experiment. Vertreter der KPI haben jedoch immer wieder betont, der »historische Kompromiß« erschöpfe sich nicht in einem Koalitionsangebot an die Christdemokratische Partei, sei nicht lediglich eine Regierungsformel. Da er zweifellos auch dies ist und sich in der Tagespolitik häufig gänzlich darauf zu reduzieren scheint, ist es nützlich, diejenigen Programmelemente aufzuzeigen, die darüber hinausweisen. Gewiß gibt die aufmerksame Lektüre vor allem des II. und des IV. Teils des Gesprächs zwischen Napolitano und Hobsbawm zahlreiche Hinweise und inhaltliche Erläuterungen dazu, doch scheint es nicht überflüssig, noch einmal kurz nachzuzeichnen, wie es zu der Begründung des »italienischen Wegs zum Sozialismus« kam und welche theoretischen und politischen Inhalte sich in dieser Konzeption ausdrücken.

Vor allem ist festzuhalten, daß zwar die konkrete politische Strategie des »historischen Kompromisses« zeitlich genau fixiert werden kann auf die Periode zwischen September 1973, als der Parteivorsitzende Enrico Berlinguer in seinen Stellungnahmen zu den chilenischen Ereignissen² zum ersten Mal den Begriff gebrauchte, und dem XIV. Parteitag der KPI im März 1975, der den »historischen Kompromiß« als die zu verfolgende politische Strategie sanktionierte, daß diese Strategie aber keinesfalls eine Ad-hoc-Erfindung der heutigen Führungsgruppe der KPI um Enrico Berlinguer ist. Vielmehr durchziehen die grundsätzlichen Überlegungen und Probleme, auf die der »historische Kompromiß« eine der aktuellen politischen Situation Italiens adäquate Antwort zu geben sucht, bereits seit Jahrzehnten die Theorie

und politische Praxis der Kommunistischen Partei Italiens – seit Jahrzehnten, d. h. seit jener Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus, von der die italienische KP, wie Napolitano sagt, »auf immer gezeichnet blieb«. Nicht nur die italienische Arbeiterbewegung erlitt diese Niederlage, sondern die gesamte westeuropäische – und mit ihr das Konzept von der sozialistischen Revolution in Westeuropa. Zwar war das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus zerrissen, doch die nachfolgenden Revolutionen in Westeuropa, von deren Sieg sich Lenin die Konsolidierung der Oktoberrevolution versprochen hatte, scheiterten. Was zurückblieb, war die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung, ihre Unfähigkeit, auch angesichts von Faschismus und Nationalsozialismus, zur Einheit zurückzufinden. Die italienische KP, als erste mit der Erfahrung der Niederlage konfrontiert, begann schon in den Jahren zwischen 1923 und 1926 eine gründliche Analyse der Bedingungen, die den Sieg des Faschismus begünstigt hatten, darunter der eigenen Fehler: des Sektierertums und des Schematismus. Diese Analyse und ihre späteren Vertiefungen sind mit dem Namen des Parteimitbegründers Antonio Gramsci verbunden, in dem die italienische Kommunistische Partei einen Theoretiker und politischen Führer hatte, dessen Bedeutung erst heute auch außerhalb der italienischen Arbeiterbewegung allmählich erkannt wird.³ Hier kann und soll keine Rekonstruktion der Theorie Gramscis versucht werden, es sollen lediglich einige seiner wichtigen Überlegungen skizziert werden, die zeigen können, daß die heutige Strategie der KPI zu Recht beanspruchen kann, in einem bestimmten, gewiß nicht bruchlosen und unproblematischen Verhältnis zu ihrem durch Gramsci repräsentierten theoretischen Erbe zu stehen.

Bereits im Jahre 1926 deutete Gramsci in einer Rede vor dem Führungsgremium seiner Partei⁴ einen der Gründe für das Scheitern der westeuropäischen sozialistischen Revolutionen an: »[...] in den kapitalistisch hochentwickelten